

# Greenplease Newsletter

*Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck*

## Parkplatz statt Marktplatz?

GRÜNE: Wir haben keinen Baum für einen Parkplatz gespendet



Mit Verwunderung nehmen die Grünen Berichte zur Kenntnis, wonach eine Arbeitsgruppe der Stadt eine erneute Teilverlegung des Wochenmarktes in die Horster Straße und die Einrichtung von Parkplätzen auf der neu gestalteten Platzfläche plante. Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann: „Für derartige Aktivitäten gibt es keinen Anlass, die Beschlusslage in den städtischen Gremien ist eine andere!“

Ratsherr Bernd Lehmann, der die Grünen im Planungsaus-

schuss vertritt, war an allen diesbezüglichen Debatten beteiligt: „Zum Kurzzeitparken wurden an der Marktstraße beidseitig zahlreiche Möglichkeiten geschaffen. Eine große Mehrheit des Rates hat jedoch mehrfach bestätigt, auf der Platzfläche selbst das Parken auszuschließen!“

Breiter Konsens sei in der Planungsphase des Marktes hingegen gewesen, verstärkt Veranstaltungen jenseits des normalen Wochenmarktes dort

durchzuführen. Bei der technischen Ausstattung des Platzes sei dieser Wunsch bewusst in die Planung einbezogen worden. Hier bestehe nach Ansicht der GRÜNEN weiterhin ein Defizit. So fänden die Aktivitäten zur Fußball-WM in der Innenstadt etwa allesamt auf dem Willy-Brandt-Platz statt, ohne die technischen Voraussetzungen des neu geschaffenen Marktplatzes zu nutzen. Mario Herrmann: „Aufmerk-

samkeit bedarf nicht die längst geklärte Parkplatzfrage, sondern die Tatsache, dass die Stadt erst konstruktiv mit Gaststätten umgeht, die Außen-gastronomie anbieten wollen, wenn deren Probleme öffentlich werden!“

Die Grünen weisen darauf hin, dass sie sich wie viele andere GladbeckerInnen auch vor  
(Fortsetzung auf Seite 2)



zwei Jahren mit dem Kauf symbolischer „Marktplatzbausteine“ und sogar mit der Stiftung eines Baumes an der Neugestaltung beteiligt hatten: „Sollte daraus künftig der

teuerste Parkplatz der Stadt werden, fühlen wir uns hinter Licht geführt und fordern unsere Beteiligung zurück!“

→ [mehr Infos im Netz](#)

### Aus der Niederschrift des Rates vom 27. Mai 2005 zum Parken auf dem Marktplatz:

Aufgrund eines Antrages der BIG-Ratsfraktion, den neu gestalteten Marktplatz als Parkplatz zu nutzen, stellte der Bürgermeister in der Sitzung fest, „dass die Angelegenheit bereits dreimal im Stadtplanungs- und Bauausschuss behandelt und beraten worden ist. Dabei ist mehrheitlich durch den Stadtplanungs- und Bauausschuss entschieden worden, dass ein Parken auf dem Marktplatz außerhalb der Marktzeiten und Veranstaltungen nicht ermöglicht werden soll. Bürgermeister Schwerhoff weist darauf hin, dass nach § 14 der Hauptsatzung der Stadt Gladbeck der Stadtplanungs- und Bauausschuss für alle stadtplanerischen Angelegenheiten zuständig ist. Insofern ist die Entscheidung des Stadtplanungs- und Bauausschusses abschließend, es sei denn, dass gem. § 57 Abs. 4 der Gemeindeordnung von einem Fünftel der Ausschussmitglieder fristgerecht Einspruch eingelegt worden ist. Bürgermeister Schwerhoff erklärt weiter, dass im vorliegenden Fall gegen die Beschlüsse des Stadtplanungs- und Bauausschusses keine Einsprüche eingegangen sind.“ (Auszug aus der Niederschrift des Rates v. 27.05.2005)



Der Rat beschloss daher mit 43 zu 1 Stimmen, den „Parkplatz-Antrag“ der BIG-Ratsfraktion nicht erneut zu behandeln und von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Marktplatz: Ausgewiesener Fußgänger-Bereich

## Verkehrsminister Wittke schon nach einem Jahr gescheitert

[Landtag] Oliver Wittke (CDU) ist bereits nach einem Jahr als Bau- und Verkehrsminister auf ganzer Linie gescheitert. Sowohl in der Verkehrs- wie in der Baupolitik drohen NRW mit Minister Wittke fatale Rückschritte aus ideologischen Gründen.

Dass er meint, sich für diese Politik nach einem Jahr auch noch feiern lassen zu müssen, zeigt seine Selbstüberschätzung. Nach eigenen Angaben gehört er ins Bundes- nicht ins Landeskabinett („Ich kann auch mit Doofen“ – DIE ZEIT im September 2005). Die Bilanz im Einzelnen:

**Wittke als Bauminister: weniger Kündigungsschutz, weniger Stadtentwicklung**

Zu Wittkes Leistungen als Bauminister erklärt Horst Becker MdL, wohnungsbaupolitischer Sprecher: „Oliver Wittke ist der Minister für eine absolut unsensible, unsoziale und damit unverantwortliche Wohnungsmarkt- und Stadtentwicklungspolitik. Seine Bilanz ist verheerend:

Der Kündigungsschutz wurde ausgehebelt. Über 100.000 Wohnungen sollen verkauft werden und damit Mieterinteressen gefährdet werden. Die Mittel für Stadtentwicklung sind unter Wittke drastisch gekürzt worden.

Für Stadtentwicklung und Wohnungsbau in NRW wirkt dieser Minister wie eine Abrissbirne. Den Spitznamen 'Ruinen-Olli' hat er sich redlich verdient.“

**Wittke als Verkehrsminister: weniger Schiene, mehr Schlaglöcher**

Zu Wittkes Leistungen als Verkehrsminister erklärt Oliver Keymis MdL, verkehrspolitischer Sprecher:

„NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke macht seit einem Jahr

große Wellen und hat sich inzwischen politisch selbst versenkt. Die erfolgreiche Schienenvorrang-Politik in NRW will er beenden. Aus der integrierten Gesamtverkehrsplanung ist ein Landesstraßenausbauprogramm geworden, das weiterhin mehr auf Neubau als auf die dringend notwendigen Erhaltungsmaßnahmen setzt – für den Schienenausbau ist nur etwa die halbe Summe vorgesehen.

So wird die Schere immer weiter geöffnet: Neue Straßen erfordern noch mehr Erhaltungsmittel – der notwendige Befreiungsschlag gegen die Schlaglöcher findet in NRW nicht statt.

Landesverkehrsminister Wittke hat sich vollbackig und kraftstrotzend-wortreich dem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück entgegen gestellt und wollte die auf Bundesebene bereits beschlossene Kürzung der Bundesmittel für Busse und Bahnen verhindern. Und selbst wenn es eine Kürzung geben sollte, so tönte der Minister, wolle er über eine neue Mittelverteilung am Ende sogar mehr Geld für das Land NRW herausholen. Und was bleibt?

Die mehr als magere Bilanz: Rund 392 Mio. Euro wird NRW bei Bussen und Bahnen in den Jahren 2006 bis 2009 einsparen müssen! Das Land wird verkehrspolitisch um ein Jahrzehnt zurück geworfen. Statt dem Stau auf den Straßen mit einem vorwärts gewandten, intelligenten, modernen Ausbau des ÖPNV entgegenzutreten, spricht Wittke sich für mehr Straßen aus, damit die in Aussicht gestellten LKW-Zuwachsraten (bis 2015 rechnen Experten mit plus 60 Prozent Güterverkehr auf der Straße!) auch künftig in NRW im Stau stehen können. Vom Rhein-Ruhr-Express fehlt jede Spur – auch hier bleibt Wittke den notwendigen Fortschritt weiter schuldig.“

# Fahrradfreundliche Städte erarbeiten Baustellenempfehlung

Welcher Radfahrer wird auf seinen täglichen Wegen schon gerne mit der Aufforderung konfrontiert, absteigen und sein Fahrrad zu schieben? Diesen Mangel im Bereich von Baustellen kritisierten die Gladbecker Radfahrer wiederholt in zwei Umfragen des ADFC in 2003 und 2005 und quittierten das der fahrradfreundlichen Stadt Gladbeck mit deutlich schlechten Noten (siehe Tab.).

Und nicht nur Zweiradfahrer, sondern auch Fußgänger oder auch behinderte und ältere Menschen ärgern sich regelmäßig über die oft unsensible Baustelleneinrichtungen entlang Gladbecks Straßen. Nur unwillig folgen Fußgänger der Aufforderung, doch schnell mal die Straßenseite zu wechseln und weichen stattdessen auf die Fahrbahn aus. Insbesondere für Kinder kann das eine nicht immer ungefährliche Lösung sein. Für Rollstuhlfahrer bedeuten Baustellen häufig das Ende ihres Weges, weil notwendige Absenkungen fehlen oder erforderliche Durchfahrtsbreiten nicht gegeben sind. Von gleichberechtigter Verkehrsteilnahme – wie sie der Gesetzgeber mit dem Behindertengleichstellungsgesetz fordert – kann nicht die Rede.

Die Verwaltung begründet die

Häufung an Gehwegaufbrüchen mit wirtschaftlichen Aspekten. Ver- und Entsorgungsleitungen werden in Gladbeck in der Regel in Geh- und Radwegen verlegt, weil deren Aufbruch billiger und einfacher sei, als ein Aufbruch von Straßen. Leidtragende sind also meistens die schwächsten Verkehrsteilnehmer.

*„Es gibt keinen vernünftigen Grund, das Schild ‚Radfahrer absteigen‘ überhaupt einzusetzen!“*

Die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden des Landes NRW hat diesen Missstand erkannt und Empfehlungen für die zuständigen Baustellenleiter in den Kommunen erarbeitet. Die Stadt Gladbeck ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft. Es gibt „keinen vernünftigen Grund, das Schild ‚Radfahrer bitte absteigen‘ überhaupt einzusetzen“, macht die Arbeitsgemeinschaft in ihrem Leitfaden deutlich und stellt fest: „Es gibt immer eine bessere Lösung. Ohnehin soll der Radverkehr – wie für den Autoverkehr ganz selbstverständlich – grundsätzlich eine befahrbare Führung erhalten.“

Auf Antrag der Grünen beschäftigte sich der Stadtplanungs- und Bauausschuss in seiner Juni-Sitzung mit den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft. Da die Stadt als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Mitherausgeber der Empfehlung ist und die Baustellen-Problematik aufgrund der ADFC-Umfragen lange bekannt ist, ging man davon aus, dass die in der Broschüre empfohlenen Regelpläne zukünftig in Gladbeck zur Anwendung kommen. Doch die Verwaltung übte sich in Zurückhaltung, will die eigenen Empfehlungen zunächst im Hause prüfen und bat um Vertagung. Die Grünen sind aber zuversichtlich, dass die Empfehlungen nach der Sommerpause durch den Ausschuss verabschiedet werden und damit der besseren Berücksichtigung von Radfahrern, Fußgängern, behinderten und älteren Menschen sowie Eltern mit Kinderwagen Rechnung getragen wird. Schließlich wäre es schizophren, würde die Stadt ihre eigenen Empfehlungen als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte ablehnen. Nicht zuletzt wird die Broschüre den Kommunen vom Landesverkehrsministerium zur Anwendung empfohlen.

→ [mehr Infos im Netz](#)



→ [Download der Broschüre](#)

## Ergebnisse des ADFC-Fahrradklimatest 2005 in Gladbeck

|                                     |             |
|-------------------------------------|-------------|
| Erreichbarkeit Stadtzentrum         | 1,85        |
| Spaß / Stress                       | 2,04        |
| Alle Bevölkerungsgruppen fahren Rad | 2,04        |
| Wegweisung für Radfahrer            | 2,19        |
| Geöffnete Einbahnstraßen            | 2,25        |
| Zügiges Radfahren                   | 2,32        |
| Konflikte mit Fußgängern            | 2,71        |
| Führung abseits der Hauptstraßen    | 2,71        |
| Akzeptanz                           | 2,78        |
| Werbung für Radfahren               | 2,84        |
| Abstellanlagen                      | 3,01        |
| Sicherheitsgefühl                   | 3,04        |
| Konflikte mit Kfz                   | 3,18        |
| Ampelschaltungen für Radfahrer      | 3,21        |
| Breite Radwege                      | 3,28        |
| Förderung in jüngster Zeit          | 3,31        |
| Fahrraddiebstahl                    | 3,54        |
| Fahrradmitnahme im ÖPNV             | 3,64        |
| Hindernisse                         | 3,79        |
| Falschparker auf Radwegen           | 3,83        |
| Reinigung der Radwege               | 3,83        |
| <b>Führung an Baustellen</b>        | <b>4,03</b> |
| <b>Durchschnittsnote</b>            | <b>2,97</b> |



Bereits im November 2004 fasste sich der Stadtplanungs- und Bauausschuss auf Antrag der GRÜNEN mit dem Thema „Baustellen in Gladbeck“ und folgte einstimmig dem Beschlussentwurf, bei allen Straßenbauarbeiten die Belange von Fußgängern und Radfahrern, insbesondere von Kindern, älteren und behinderten Menschen angemessen zu berücksichtigen (Beschluss 38/2004).



Nur ein Beispiel: An der Europabrücke, die täglich Hunderte von Radfahrern auf einer ausgewiesenen Hauptroute passieren, war man nicht kreativ genug, eine bessere Lösung zu finden, anstatt ein altes und zudem rechtlich-sinnloses „Radfahrer absteigen“-Schild an eine breite Absperrbake zu kleben!

# Glückloser Kampf gegen Windmühlen

Als „Ritter von trauriger Gestalt“ hätte Sancho Panza, der treue Knappe von Don Quijote, die Damen und Herren des Rates in ihrem verzweifelten Kampf gegen die Windmühlen bezeichnet.

„Der Rat sollte zur Besinnung kommen und diesem Spuk ein Ende machen“, appellierte Grünen-Ratsherr Bernd Lehmann. Viel zu viel Zeit, Personal und Geld hätten Verwaltung und Politik darin investiert, den vorliegenden Antrag zum Austausch des bestehenden Windrades in Ellinghorst durch eine moderne, effizien-

zung bestätigt. Leider waren zu dieser Einsicht erst zwei vermutlich teure Fachgutachten notwendig.

Die Ratsmehrheit erblickte aber weiterhin wie die berühmte literarische Gestalt Don Quijote in den Windmühlen riesenhafte Gegner, die sie zum Zweikampf zu stellen trachtet. Dass diesen Zweikampf ausgerechnet der Vorsitzende des Wirtschaftsförderungsausschusses, SPD-Rats Herr Hübner, fortsetzen wollte, indem er eine Beratung der Verwaltungsvorlage im Rat ablehnte und für die Absetzung des Themas von der Tagesordnung plädierte, war doch verwunderlich. Schließlich will ein Gladbecker mittelständisches Unternehmen hier in den vorhandenen Standort mit Millionenaufwand reinvestieren. Das staatliche Umweltamt bestätigt im übrigen, dass die neue Anlage nicht nur effizienter, sondern durch die modernere Technik und die größeren Abstände auch leiser sein werde. Außerdem verfüge sie über eine Abstellautomatik zur Vermeidung von Verschattungseffekten und über eine Sichtweitenmessung zur Steuerung der Lichtintensität des Leuchtfuers, so dass den Belangen der Nachbarschaft Rechnung getragen werde. Der Nachweis über den Immissionsschutz werde ohnehin Teil des Baugenehmigungsverfahrens sein.

Aber auch die Ratsdamen und -herren von SPD und CDU beschränkten den Weg der literarischen Vorlage: Don Quijote findet im Scheitern schlussendlich zu Einsicht und Gelassenheit. Das eigene Scheitern gestanden SPD und CDU letztendlich in der Juni-Sitzung des Stadtplanungsausschusses ein und übergaben das Baugenehmigungsverfahren für die Windkraftanlage an das staatliche Umweltamt.

→ [mehr Infos im Netz](#)

→ [Windenergieerlass NRW \(pdf\)](#)

tere Windkraftanlage zu verhindern. Dies hat nach knapp einjährigen Verhinderungsversuchen inzwischen auch die Verwaltung eingesehen und schlug dem Rat in seiner Sitzung vor, das Aufstellungsverfahren für den sogenannten „Teilflächennutzungsplan ‚Vorrangflächen für Windkraftanlagen‘ nicht weiterzuführen und den Aufstellungsbeschluss vom 30.06.2005 aufzuheben.“

Da SPD, CDU und BIG gar kein Interesse hatten, mit den Vorrangflächen im Sinne des Gesetzgebers auch tatsächlich die Ansiedlung von Windkraftanlagen zu ermöglichen, hatten die GRÜNEN schon während der ersten Beratung im Juli des letzten Jahres davor gewarnt, dass eine reine „Verhinderungsplanung“ rechtlich nicht haltbar sei. Auch diese Einschätzung wird inzwischen von der Verwal-

Ihr irrt, Don Hübner!  
Es ist kein Ungeheuer,  
sondern ein wirtschaftliches Zukunftsprojekt!



SPD-Rats Herr Michael Hübner mimte in der Ratssitzung den Ritter von trauriger Gestalt, indem er weiter eine „Verhinderungsplanung“ gegen Windräder forderte.

## Der glücklose Kampf...

März 2005: Der Stadtverwaltung wird ein Bauantrag für eine 2 Megawatt Windkraftanlage östlich der Hornstraße vorgelegt. Die vorhandene Altanlage soll abgebaut werden. Diese Erneuerung nennt man „Repowering“. Im Windenergieerlass NRW, der von CDU und FDP im Dezember 2005 überarbeitet vorgelegt wurde, wird Repowering bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz als sinnvolles Instrument zum Schutz der Anwohner beschrieben.

Juni 2005: Per Dringlichkeitsantrag will die CDU den Bau der Anlage verhindern. Stadtbaurat Stojan beschwichtigt, dass es keinen unmittelbaren, kurzfristigen Handlungsbedarf gäbe.

Juni 2005: Der Rat beschließt die Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen. Damit solle das geplante Vorhaben in Ellinghorst verhindert werden. Die GRÜNEN warnen davor, dass eine reine Verhinderungsplanung keine Rechtskraft erlangen könne.

August 2005: Aufgrund der neu eingeleiteten Planungen beantragt die Verwaltung die Zurückstellung des Bauantrages beim

Staatlichen Umweltamt (StUA) in Herten. Der Bauantrag kann damit zunächst für ein Jahr abgewendet werden.

Februar 2006: Der Stadtplanungsausschuss beschäftigt sich mit den Stellungnahmen der Behörden zu dem Planentwurf. Der Entwurf sieht eine Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen (WEA) von 100 m in den Vorrangflächen vor. Das StUA stellt in seiner Stellungnahme u.a. fest, dass aus immissionsschutztechnischer Sicht die Höhenbegrenzung als kontraproduktiv anzusehen ist, da zu erwarten ist, dass hierdurch mehrere leistungsschwächere WEA zum Einsatz kommen, die aber kaum leiser seien, als die leistungsstärkeren, modernen Anlagen mit einer Höhe von über 100 m.

Juni 2006: Auf Grundlage von einem Rechts- und einem Fachgutachten empfiehlt die Verwaltung dem Rat, das Verfahren aufzugeben. Auf Antrag der SPD wird der Tagesordnungspunkt abgesetzt. In einer Sondersitzung des Stadtplanungsausschusses beugt man sich schließlich wenige Wochen später der Fachmeinung und stellt das Verfahren ein. Der Bauantrag wird dem Staatlichen Umweltamt Herten übergeben.

# „no go für nazis!“

„No Go für Neonazis“ – dieses Signal haben auch zahlreiche Mitglieder der NRW-Grünen gesetzt, die sich an zwei Gegendemonstrationen zum Neonazi-Aufmarsch in Gelsenkirchen beteiligt haben.



Neben Mitgliedern des Gladbecker Stadtverbandes stellten sich auch die Grüne Landeschefin Daniela Schneckenburger und die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bärbel Höhn den Neonazis entgegen. An der größten

Gegenveranstaltung vor dem Gelsenkirchener Musiktheater nahmen zwischen 3.000 und 5.000 Menschen teil – dem standen knapp 200 Rechtsextreme gegenüber. „Die Neonazis versuchen die Fußball-WM zu nutzen, um Zulauf zu suchen und Fremdenhass zu säen. Dagegen wollen auch wir Grüne ein Zeichen setzen“, sagte Daniela Schneckenburger. Zuvor hatten etwa 1.000 Menschen an einer Gegendemonstration durch die Innenstadt teilgenommen, um gegen den NPD-Aufmarsch zu protestieren.

Dem Neonazi-Aufmarsch stellten sich außerdem in Gelsenkirchen-Ückendorf etwa tausend Anwohner entgegen. Sie versperrten den Rechtsextremen durch eine Sitzblockade den Weg, wie die Polizei bestätigte. „Von Punkern bis zu älteren Leuten war alles dabei“,



„Nur Idioten brauchen Führer!“ - no go für nazis!

erzählen Augenzeugen. Die Atmosphäre sei keineswegs aggressiv gewesen. Die Anwohner zwangen die Neonazis so, ihre Route ändern. Einige Dutzend Blockierer wurden allerdings von der Polizei ein-

gekesselt und gut eineinhalb Stunden festgehalten. – Ein insgesamt friedlicher Protest, der ganz offensichtlich mal nicht von Parteien oder Bewegungen organisiert war.

## ALG-II-Missbrauch minimal

Union muss sich für Schmarotzer-Kampagne entschuldigen

Zu der von der Bundesagentur für Arbeit durch einen Datenabgleich ermittelten geringen Missbrauchsquote von unter 3 Prozent im Bereich des Arbeitslosengeldes II erklärt Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin:

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Für die in den vergangenen Wochen von den Unionsfraktionen gegen die Arbeitslosen geführte Schmarotzer-Kampagne gibt es keine Begründung. Wenn die betreffenden Politiker von CDU und CSU Anstand besitzen, dann sollten sie sich öffentlich für die ehrverletzenden Äußerungen entschuldigen. Die Ergebnisse der Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit widerlegen die diffamierenden und pauschalen Missbrauchsvorwürfe bis ins Letzte. Gleichzeitig legen sie das

schäbige politische Kalkül der Union offen, die ihre falschen Behauptungen in die Welt gesetzt hat, um Stimmung für die Durchsetzung von Sanktionen und Leistungseinschränkungen zu machen. Wir fordern CDU und CSU auf, ihre konservative Logorrhöe zu stoppen. Die Unionspolitiker überbieten sich bei ihrem Sprachdurchfall mit absurden und schikanösen Ideen vom Zwangsdienst bis zur eidesstattlichen Erklärung. Damit muss jetzt endlich Schluss sein. Aber nicht nur den Behauptungen der Union wurden durch die Fakten der Bundesagentur die Grundlage entzogen, auch der Bundeshaushalt gerät in Schieflage. Die geringe Missbrauchsquote von unter 3 Prozent zeigt, dass die anvisierten Einsparungen von 400 Millionen Euro im Jahr 2006 und 1,2 Milliarden Euro ab 2007 reine Makulatur sind.

## Wird NRW das Paradies für Lebensmittelbetrügereien?

Zum neuesten Ekelfleisch-Skandal, bei dem so genanntes „Stichfleisch“ auch in Gladbeck in die Lebensmittelkette gelangt sein soll, erklärt Johannes Rimmel MdL, parlamentarischer Geschäftsführer und Verbraucherschutzpolitiker Sprecher:

„In NRW lohnen sich die Betrügereien. Die jüngsten Ergebnisse des Verbraucherschutzindex der Verbraucherzentrale beweisen: NRW ist zum Schlussschritt bei der Lebensmittelüberwachung geworden. Den Schaden haben die Verbraucherinnen und Verbraucher.“

Es wird zu selten und mit zu wenig Personal geprüft und die kommunale Zuständigkeit heißt ‚54 Indianer, aber keine Häuptlinge‘. Offensichtlich werfen Schlachtabfälle mehr Ge-

winn ab, wenn man sie als ‚Lebensmittel‘ vermarktet, statt sie als Müll zu deklarieren. Drohende Strafen sind im Preis inbegriffen und werden locker aus damit erzielten Gewinnen bezahlt: paradiesische Zustände für Betrügerei in NRW!

Wir werden Minister Uhlenberg nicht aus der Verantwortung lassen, aufzuklären, wie es zu diesem erneuten Skandal kommen konnte. Dazu haben wir bereits heute eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, in welchen Mengen und wo in NRW Stichfleisch anfällt bzw. was damit geschieht und warum es noch immer nicht eingefärbt wird. Auf die Antwort sind wir sehr gespannt.“

*Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen eine Gladbecker Firma, die 3 Tonnen Stichfleisch in Umlauf gebracht haben soll.*

# Stadt beugt sich den Kürzungsvorgaben des Kreises

## Ausschuss missbilligt die Vorgehensweise des Kreises bei der Busliniennetzplanung

„Wir haben uns dem Kreis ergeben“, so Grünen-Sprecher Bernd Lehmann. „Was blieb uns anderes übrig?“ Dieser hatte der Stadt die Pistole auf die Brust gesetzt und Kürzungen beim Busliniennetz gefordert. Der Stadtplanungsausschuss folgte nun der Forderung, übte jedoch deutliche Kritik.

„Die Vorgehensweise der Kreisverwaltung war kein Paradebeispiel des Miteinanders zwischen Kreis und Städten“, beklagen die Grünen. In einer Hau-Ruck-Aktionen hat der Kreis tiefe Einschnitte in das Nahverkehrsangebot der Städte vorgenommen, ohne eine ausreichende Beteiligung der kommunalen Parlamente zu ermöglichen. Allein in Gladbeck sollen 14 Prozent des Angebotes gestrichen werden. Das sind knapp 370.000 Buskilometer pro Jahr weniger, also eine Distanz, die knapp so weit ist wie der Weges von der Erde bis zum Mond. Sieben Busse bleiben hier zukünftig in den Hallen der Verkehrsbetriebe stehen. Zur Umsetzung der Kürzungen stellte die Kreisverwaltung der Stadt ein Ultimatum: sollte sie bis Juni den Kürzungsvorgaben nicht zustimmen, solle sie für die Kosten in Höhe von etwa 170.000 Euro zukünftig komplett selbst aufkommen.

Der Entwurf des Nahverkehrsplans, der erst nach der Sommerpause in den Kreisgremien

beraten werden soll, gibt für die Entwicklung des Buslinienangebots noch ein anderes Ziel vor. Hier heißt es, es sollen bewährte Strukturen gestärkt und behutsam weiter entwickelt werden. Das heutige ÖPNV-Angebot solle „in seiner Grundstruktur erhalten und langfristig gesichert werden.“ Dadurch solle „verhindert werden, dass Kunden durch ein Übermaß an Veränderungen verunsichert werden.“

Die Realität steht zu dieser schönen Lyrik aber im krassen Widerspruch. Die Gladbecker Buskunden können sich auf seltenere Busabfahrten und längere Umstiegszeiten einstellen. Auf den Linien 252, 253, 254 und 257 wird auf Geheiß des Kreises der 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt gekürzt. Dadurch, dass regionale Buslinien nach Gelsenkirchen, Bottrop oder Essen weiterhin im 20-Minuten-Takt verkehren, kommt es zu sogenannten Taktbrüchen. Hierauf wird auch von den Gutachtern im Nahverkehrsplan hingewiesen. Hier heißt es: „Einen weiteren Gegensatz bildet die Verknüpfung von unterschiedlichen Taktmustern (z.B. 20- und 30-Minuten-Takt). Eine Linie im 20-Minuten-Takt kann z.B. nur einmal pro Stunde optimal mit einer Linie im 30-Minuten-Takt verknüpft werden.“ Wer also am Goetheplatz, Oberhof oder Willy-Brandt-Platz umsteigen

will, findet zukünftig seltener einen schnellen Anschluss. Wartezeiten von bis zu einer Viertel Stunde werden häufiger und verlängern die Gesamtreisezeit. Das oben zitierte Ziel, Fahrgäste nicht durch ein Übermaß an Veränderungen zu verunsichern, wird verfehlt. Es wird erwartet, dass 5,4 Prozent der Gladbecker Fahrgäste Bus und Bahn den Rücken kehren und auf andere Verkehrsmittel umsteigen. Pro Werktag werden 900 Fahrgäste weniger in Gladbecks Bussen sitzen.

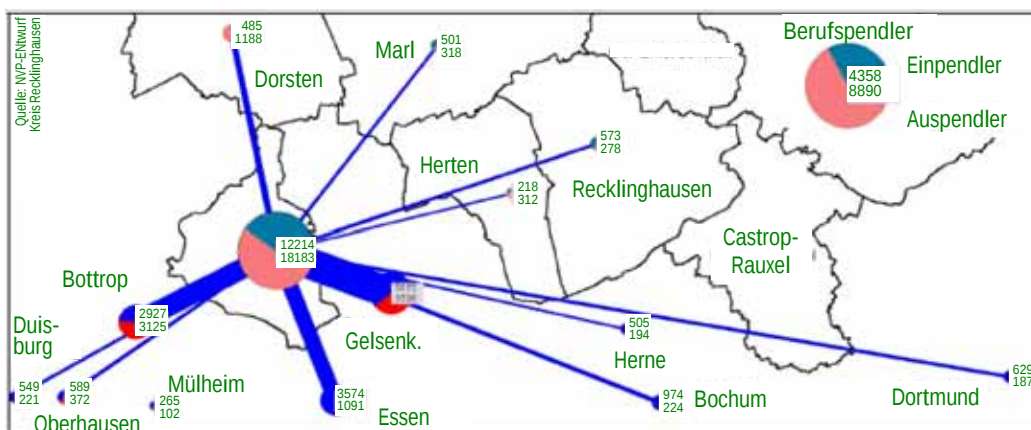
Der Stadtplanungsausschuss war daher wenig begeistert von den Kürzungsplänen des Kreises. „Sicherlich kann man über Optimierungen reden. Auch wir sind an Kosteneinsparungen interessiert“, so Lehmann. „Aber ob es dienlich war, diese Einschnitte derart übers Knie zu brechen, möchte ich arg hinterfragen.“ Die Grünen bezweifeln, dass sich die vom Kreis aufgezeigten Einsparungen in Höhe von gut 400.000 Euro im Jahr in voller Höhe realisieren lassen. Schließlich könne sich die Vestische zum 1.1.2007 nicht von den sieben eingesparten Bussen und dem jeweiligen Personal trennen. Die Fixkosten blieben vielfach erhalten.

Völlig unbeantwortet blieb die Frage, wie man der Nachfrage in den Spitzenzeiten - also morgens und nachmittags - nachkommen wolle. Auch CDU

und SPD kritisierten, dass bereits heute die Busse in den Morgenstunden aus allen Nächten platzen. Der Ausschuss war sich einig, dass das Fahrtenangebot flexibler auf die Nachfrage ausgerichtet werden müsse. In seinem Beschluss schränkte er die Kürzungsvorschläge insofern ein, dass in den Spitzenzeiten zusätzliche „Verstärkerfahrten“ in einem dichteren Takt angeboten werden müssen. Diese Fahrten müssen in den Fahrplänen aufgeführt werden. „Damit haben wir die Härte der Einschnitte zumindest etwas abgefedert“, zeigt sich Lehmann zufrieden mit der einstimmig beschlossenen Ergänzung.

Schlussendlich machte der Ausschuss auch seinem Ärger über das Vorgehen des Kreises Luft. Einstimmig formuliert man die Missbilligung hierüber in einem Beschluss und kritisierte, dass wesentliche Bestandteile des Nahverkehrsplanes, der bisher nur als Entwurf vorliegt, mit den jetzt umgesetzten Kürzungen vorweggenommen werden, ohne den kommunalen Parlamenten die Möglichkeit einzuräumen, ihre Belange in die Planung einzubringen. „Mit dieser Bulldozer-Planung trägt die Kreisverwaltung weiter zu Entsolidarisierung unter den Kreisstädten bei“, bedauern die Grünen.

→ [mehr Infos im Netz](#)



Ausgewählte Pendlerbeziehungen (Berufs- und Ausbildungsverkehr): Die größten Verflechtungen liegen außerhalb des Kreises

„Der Stadtplanungs- und Bauausschuss missbilligt die vorweggenommene Umsetzung von Maßnahmen des Nahverkehrsplans in Form von Kreisstandards und Taktausdünnungen, ohne die in § 9 (1) ÖPNVG vorgesehene Abstimmung mit den Kommunen vorzunehmen!“

# Deutsche Bahn AG sagt Verbesserung für Bahnhöfe zu

## GRÜNE kritisieren fehlende Verknüpfung zwischen Bussen und Bahnen

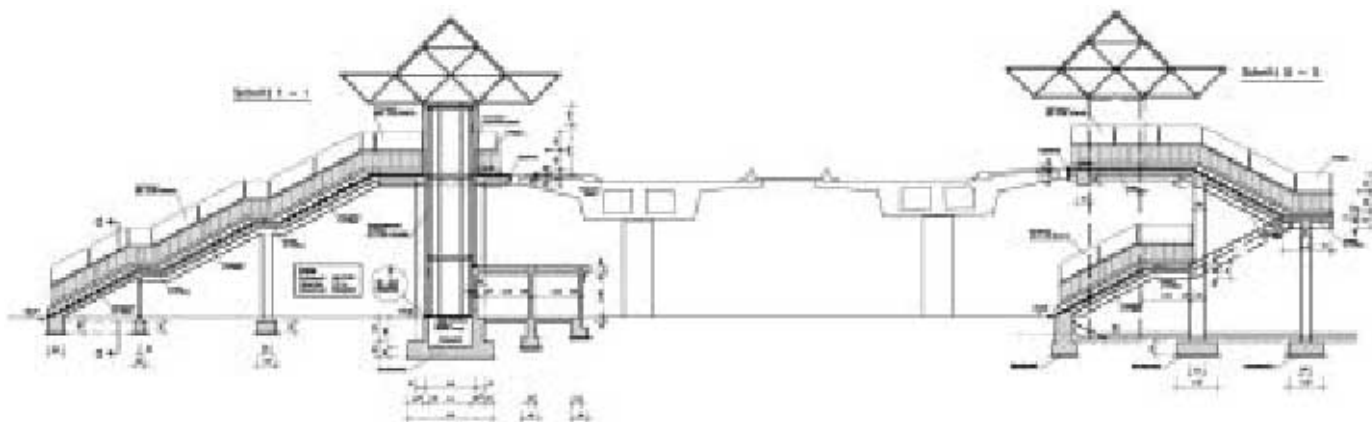
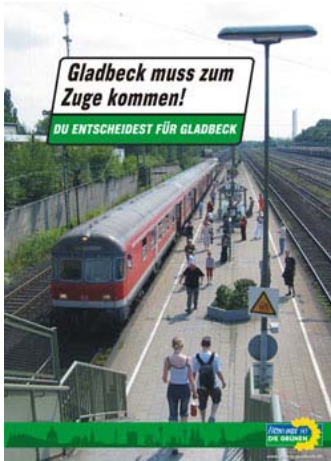


Abb.: Ursprüngliche im S9-Vertrag festgehaltene Planung zur Anbindung des Bahnsteigs mit Aufzügen und Treppen an die Bushaltestellen an der Europabrücke

„Nach 30 Jahren des Wartens sind die nun versprochenen Verbesserungen mehr als dürrtig“, betrachten die Grünen die Ausbauplanungen für den Bahnhof West. Doch längst müsse man erkennen, dass man an die Bahn diesbezüglich keine hohen Erwartungen mehr stellen dürfe.



„Wahrscheinlich müssen wir mit den Krümeln, die man uns zuwirft, zufrieden sein“, resigniert auch Bernd Lehmann, der die Grünen im Bauausschuss vertritt. Dort hatte der zuständige Bahnmanager, Karl-Wilhelm Drews, die abgespeckten Ausbaupläne für die drei Gladbecker Haltepunkte vorgestellt. Diese sehen für den Haltepunkt West vor, die vorhandene Brücke, die auf den Bahnsteig führt, durch eine neue Brücke zu ersetzen. Diese solle auf Bahnsteigseite einen Personenaufzug erhal-

ten und zum Bahnhofsgebäude hin mit einer behindertenfreundlichen Rampe ausgestattet werden. Außerdem sagte der Bahnvertreter zu, den Plattenbelag des Bahnsteiges zu erneuern und moderne Fahrgastunterstände aufzustellen.

Verbesserungen, die der Ausschuss durchaus würdigte. Sieht man sie aber im Lichte der sogar vertraglich festgehaltenen Versprechungen, mit denen die Stadt jahrzehntelang vertröstet wurde, wirken die aufgezeigten Verbesserungen eher bescheiden. Im Zuge des Baus der S-Bahn-Linie 9 sollte Gladbeck West zu einem modernen S-Bahnhof ausgebaut werden. Vorgesehen war eine Verlängerung des Bahnsteigs bis zur Europabrücke, wo durch Treppen- und Aufzugstürme eine unmittelbare Verknüpfung mit den dort haltenden Buslinien sichergestellt werden sollte.

„Die Frage, wie die Fahrgäste komfortabel und behindertengerecht überhaupt erst einmal zum Bahnhof gelangen sollen, bleibt mit der vorgestellten Planung weiter ungelöst“, formuliert Lehmann die Hauptkritik seiner Partei. Denn von den Bushaltestellen auf der Europabrücke führen nur steile Rampen in Richtung Bahnhof, die für ältere und behinderte Menschen einen beschwerlichen Umstieg zwischen Bus und Bahn bedeuten. Die lan-

gen Wege verhindern kurze und komfortable Umstiegszeiten.

Wie seine Kunden den Bahnhof erreichen, war Bahnmanager Drews jedoch scheinbar egal. Für Parkplätze rund um den Haltepunkt sah er trotz anderslautender vertraglicher Vereinbarungen die Stadt zuständig und um eine bessere Busanbindung habe sich die Vestische zu kümmern. „Von Verträgen scheint Herr Drews nicht viel zu halten“, wundern sich auch die Grünen über die Vertragstreue der Bahn. Vor 13 Jahren hatte das Land mit der Bahn einen sogenannten Ausführungsvertrag abgeschlossen, in denen auch der oben beschriebene Ausbaustandard des Bahnhofs West mit der Verknüpfung zur Europabrücke vereinbart wurde. Bereits bei seinem letzten Besuch in Gladbeck hatte Drews

vor zwei Jahren hierzu entgegnet: „Für den Vertrag bin ich nicht verantwortlich.“

Im Juli 2004 stellte er sich damals den aufgebrachtten Demonstranten am Bahnhof West. „Einen barrierefreien Bahnhof kann man nicht von heute auf morgen bekommen“, stellte Bahnmanager Drews dort zum Unmut der versammelten Senioren- und Behindertenvertreter fest. Aussagen wie diese stimmten bereits zu dieser Zeit darauf ein, dass für den nun ausgehandelten Kompromiss weitere zwei Jahre in Land ziehen mussten. Ob der Kompromiss wie angekündigt im nächsten Jahr fertig gestellt würde, daran hatten alle Fraktionen im Ausschuss allerdings ihre berechtigten Zweifel.

→ [mehr Infos im Netz](#)

### Aus dem „Ausführungsvertrag Nr. 3 zum Ausbau der S-Bahn-Linie 9 zwischen dem Land NRW und der Bahn vom 8. Juli 1993

In der Anlage wird der Ausbaustandard für die „S-Bahn-Station Gladbeck West“ definiert: „[...] Neubau eines 150 m langen Inselbahnsteiges mit einer Höhe von 96 cm zwischen jetzigem Bahnsteig und der Straßenüberführung „Europabrücke“ und Kürzung des vorhandenen Bahnsteiges auf 50 m, Ausrüstung des Bahnsteiges nach S-Bahn-Standard, Einbau von Zugzielanzeigern, Neubau von zwei behindertengerecht gestalteten Bahnsteigzugängen (nördl. und südl. der Europabrücke) mit je einer Treppe und einem Aufzug als Verknüpfung zum innerstädtischen und regionalen Bussystem, Erstellung einer P&R/B&R-Anlage. [...]“

## Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann  
Stadtverbandssprecher  
Rentforter Straße 43 a  
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12  
Fax: 0 20 43 / 2 17 76  
E-Mail: [info@gruene-gladbeck.de](mailto:info@gruene-gladbeck.de)



**Greenplease-Archiv**  
In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:  
→ [zum Archiv](#)

### Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** [gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de)

→ **abmelden:** [gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de)

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

# Juli

| Mo                                                                        | Di                                                                 | Mi                                                           | Do                                                             | Fr                                                                  | Sa                                                                   | So                                                                    |
|---------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------|
| <b>03</b><br>„Was prickelt in der Brause“ - Sommerakademie, Stadtbücherei | <b>04</b><br>Fußball WM live im Maxus Café                         | <b>05</b><br>Internet-Reporter, Sommerakademie Stadtbücherei | <b>06</b><br>„Das Märchen vom Silbermond“ KUSSS-Sommerprogramm | <b>07</b><br>Radwanderung nach Devenack, Heimatverein               | <b>08</b><br>Migenda im Rentforter Hof                               | <b>09</b><br>WM-FINALE & Flying Keeper, Aktionstag vor der Stadthalle |
| <b>10</b>                                                                 | <b>11</b><br>Busexkursion nach Minden – 1200 Jahre alte Stadt, VHS | <b>12</b><br>„Auf grünen Wegen durch Gladbeck“, Radtour VHS  | <b>13</b><br>„Du groß und ich klein“, KUSSS-Sommerprogramm     | <b>14</b>                                                           | <b>15</b><br>Let's Dance Party Hotel van der Falk                    | <b>16</b><br>Gospelkonzert Queerbeet, Schloss Wittringen              |
| <b>17</b><br>Die originelle Hundeshow, Zweckeler Markt                    | <b>18</b>                                                          | <b>19</b><br>„Jekami“, jeder kann mitmachen, Kotten Nie      | <b>20</b><br>So lonely oder Kino-im-Kopf, Stadtbücherei        | <b>21</b>                                                           | <b>22</b><br>Quad-Party-Night, Mausefalle                            | <b>23</b><br>Führung durch die Zeche Zweckel                          |
| <b>24</b><br>Tastschreiben für Kids, VHS-Sommerprogramm                   | <b>25</b><br>Gemütliches Vorlesen für die Kleinen, Stadtbücherei   | <b>26</b><br>The Legal Buskers Live Folk Musik, Kotten Nie   | <b>27</b>                                                      | <b>28</b><br>Hamlet in 50 Minuten (Open Air), Theaterhof Stadthalle | <b>29</b><br>Radtour an der Ruhr von Styrum bis Steele, Heimatverein | <b>30</b><br>Two Of A Kind, Schloss Wittringen                        |